



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Oestreich und die öffentliche Meinung.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

fältiger Forschungen, vieler und reifer Ueberlegungen und dreihundertjähriger Erfahrung und kann von uns in ihren Hauptbestimmungen nicht aufgegeben werden.“ Affiliirte gilt es für den Orden heranzuziehen und damit alle Welt zu beglücken.

Der Landtag von Vorarlberg, der sich in den ersten Monaten des Jahres 1863 versammelte, richtete an das österreichische Staatsministerium die Bitte, es wolle die Jesuiten am Gymnasium in Feldkirch zur genauen Beobachtung aller gesetzlichen Anforderungen (also des jener ratio studiorum schnurstracks entgegengesetzten Organisationsentwurfs für österreichische Gymnasien) anhalten und wenn sie denselben nicht nachkämen, ihnen diese Lehranstalt entziehen und letztere womöglich im Schuljahr 18⁶³/₆₄ anderweitig besetzen. So viel uns bekannt ist, sind vom Ministerium entsprechende Anordnungen erfolgt, man klagt aber in der betreffenden Abtheilung für den Unterricht sehr; daß sie die k. k. Statthalterei in Innsbruck unberücksichtigt lasse. Wie lange wird man den jesuitischen Trotz und Unfug dulden? Der Fortbestand eines Jesuitengymnasiums paßt sehr schlecht zu den Principien einer Regierung, von der man uns täglich sagt, daß sie dem Fortschritt huldige und für die Kräftigung der Liebe zum deutschen Vaterlande schwärme, welches jene Nömlinge so gründlich hassen.

Österreich und die öffentliche Meinung.

Es ist sehr belehrend, die Wandlungen zu betrachten, welche die öffentliche Meinung in Deutschland gegenüber dem österreichischen Reformproject durchgemacht hat. Als die erste Nachricht von dem persönlichen Vortreten des Kaisers durch die Tagespresse flog, da wirkte das Unerwartete des Schrittes und die Hoffnung, daß unser Ringen nach staatlicher Einheit durch ein österreichisches Reformproject wesentliche Förderung erfahren könne, so stark auf die Gemüther, daß selbst die Führer der nationalen Partei für nothwendig hielten, der neuen Aussicht entgegenzukommen und, um eine Spaltung der Volkspartei zu verhindern, dem Unternehmen eine achtungsvolle Anerkennung auszudrücken. Die gemäßigte und rücksichtsvolle Kritik, welche der Abgeordnetentag aussprach, schon damals

von einzelnen Stimmen liberaler Preußen und süddeutscher Demokraten angegriffen, drückte doch die Bedenken unserer Partei gerade so temperirt aus, daß dies Verdict die Grundlage werden konnte, auf welcher im Süden und Norden das Volk selbst den innern Befreiungsproceß von den ersten überraschenden Eindrücken vollzog. Auf jeder der spätern Versammlungen des Nationalvereins und seiner Gesinnungsgenossen wurde die Opposition dagegen entschiedener. Und während die Bevölkerung der Residenzstädte noch einzelnen heimkehrenden Fürsten festlichen Empfang bereitete, war bereits das verwerfende Urtheil besonnener Männer festgestellt, und es dringt jetzt auf tausend Wegen in das Volk. Daß diese innere Befreiung kommen würde, ließ sich von dem verständigen Sinn der Deutschen erwarten; daß sie so schnell und gründlich eingriff, ist doch ein gutes Zeichen der Fortschritte, welche die Nation in den letzten zehn Jahren gemacht hat.

Aber etwas Anderes ist nicht leicht erklärlich. Die positiven Resultate des Fürstentages stehn in einem merkwürdigen Mißverhältniß zu der gehobenen Stimmung, mit welcher die versammelten Mitglieder des Congresses ihre Arbeit bis zum Ende betrachteten. Auch die dreiundzwanzig Regierungen, welche der Reformacte beistimmten und dieselbe für sich verbindlich erklärten, bis einer der nicht anwesenden Staaten, d. h. Preußen, dieselbe ablehnen oder Gegenvorschläge machen würde, haben damit thatsächlich nichts Anderes erklärt, als daß ihr Werk nichtig sei, im Fall Preußen nicht annähme. Und doch blieb den hohen Herren bis zum Ende die Empfindung, daß sie ein großes Werk zum Abschluß gebracht hätten. Wenn nur die Fürsten sich diesem Gefühl hingegeben hätten, so wäre das allerdings nicht unnatürlich. Unfre erlauchten Herren hatten in zehn Sitzungen die neue und ihrem Selbstgefühl wohlthuernde Thätigkeit einer großen Pairconferenz aufgewandt und durften sich wohl der Ansicht hingeben, daß das etwas Bedeutendes sein müsse, was ihnen selbst so viele Unbequemlichkeit gemacht hatte. Aber daß auch die Vertreter der freien Städte, welche allerdings von dem Kaiser und den Fürsten mit kluger Zuorkommenheit als ihres Gleichen behandelt wurden, dem Zauber dieser Tage so sehr unterlagen und, wie verlautet, der Freude über das gelungene Werk noch in der letzten Stunde lebhaften Ausdruck gaben, das ist doch sehr auffallend.

Um so größer wird Hochachtung und Dank gegen die Regierung des einzigen Staates, welcher von Anfang allein in entschlossenen Gegensatz zu dem kaiserlichen Project getreten ist und in jedem Stadium der Verhandlungen seinen Standpunkt mannhaft gewahrt hat. Der Großherzog von Baden war in dem vergangenen Monat nicht nur der Souverain, welcher die Pflicht gegen die Nation in großem Sinne geübt hat, er war in der That der erste muthige und feste Berather der nationalen Partei. Denn seine Auffassung hat den noch

schwankenden Stimmungen im Volke Halt und Nachdruck gegeben. Und in anderem Sinne als man sonst wohl diese Huldigung ausspricht, sind diesmal ein deutscher Fürst und sein Minister Vorkämpfer der nationalen Forderungen geworden. Wenn seit der Zeit ultramontane Blätter im österreichischen Interesse einen Systemwechsel in Baden auguriren, so ist ein solches Phantasiren von der Presse mit kalter Verachtung zu behandeln. Denn nie hatte Baden mehr Ursache, auf seinen Fürsten und seine Regierung stolz zu sein, als gerade jetzt.

Aber wie gering man die unmittelbaren Erfolge des Reformprojectes schätzen möge, unter den unberechenbaren Wirkungen desselben ist eine, welche schon in der nächsten Zukunft Bedeutung gewinnen wird. Das Vortreten des Kaisers trägt wesentlich dazu bei, das österreichische Volk in die politischen Kämpfe der Deutschen hereinzuziehen. Weit mehr als Sängerkette, Turnersfahrten und Schützenbünde hat jetzt der Kaiser selbst gethan, die Deutschen in Oestreich zu thätigen Theilnehmern an den Schicksalen des deutschen Volkes zu machen und uns Deutschen ein nationales Interesse an den politischen Zuständen des Kaiserstaates zu geben.

Der Kaiser selbst hat das gewollt, und wir nehmen Act davon. Der Wille der nationalen Partei war es nicht. Wir Alle, die wir einen festgeschlossenen Bundesstaat mit einem deutschen Führer für die nothwendige und unvermeidliche Bildung der deutschen Zukunft halten, wurden deshalb ungerechtere Weise als Agitatoren gegen den Kaiserstaat betrachtet. Im Gegentheil, wir waren ehrliche Freunde des kaiserlichen Oestreichs, wir wünschten dem Kaiserstaat aufrichtig und freudig eine selbständige und kräftige liberale Entwicklung seiner Volkskraft, wir wollten für ihn und uns ein festes, enggeknüpftes Bündniß auf Grundlage der realen Interessen zweier großen Staatskörper. Denn wir hatten die Ueberzeugung, daß ein solches Bündniß nicht nur für uns vortheilhaft, auch heilbringend für den Staat Oestreich, die beste Garantie seiner Dauer und eine bessere Bürgschaft für die Größe seiner Dynastie sei, als ein Zusammenschweißen seines Staatslebens mit unserem alten oppositionellen Troy. Die österreichische Regierung selbst hat es anders gewollt, und sie, nicht wir wird verantwortlich für die Folgen.

Wir bereiten uns vor, die Deutsch-Oestreicher, wenn das nicht anders sein kann, als werthe Nachbarn in den politischen Rath und die sociale Bewegung aufzunehmen, welche jetzt das deutsche Volk fast ausschließlich beschäftigt. Und wir sind uns sehr klar über die Folgen, welche dies für uns und Oestreich haben kann. Denn jetzt beginnt in neuen humanen Formen wieder der alte Kampf, welchen die Deutschen oft und lange gegen Princip und Tendenz des Kaiserhauses von Oestreich zu führen genöthigt worden sind. Und wir sind überzeugt, daß dieser stille Widerstreit nur auf zweierlei Weise beendet werden kann. Entweder nämlich wird bei dem politischen Zusammenleben mit Oestreichs

Patrioten Idee, Tendenz, Interesse des Kaiserstaats so mächtig, daß ein einmüthiges Zusammengehn der Völker sich nicht in Allem, was uns am Herzen liegt, möglich erweist; und dann wird durch das österreichische Volk selbst die Politik der kaiserlichen Regierung auffällig und vor ganz Europa widerlegt. Oder der geheime Wunsch unserer süddeutschen Freunde geht in Erfüllung, die deutschen Oestreicher werden durch das nationale Band, durch das Parteileben und die höhere Entwicklung politischer Interessentkreise Deutschlands so stark angezogen, daß ihnen die Vereinigung mit Deutschland werthvoller wird als der österreichische Kaiserstaat. Und dann wird uns die Aussicht, alte deutsche Landschaften, die seit Jahrhunderten uns trotz aller Freundschaft entfremdet sind, brüderlich mit uns vereinigen. Aber die kaiserliche Regierung wird keine Ursache haben, diese Vereinigung für ein Glück zu halten.

Wir haben diesen Weg nicht gewollt, aber wenn uns keine Wahl bleibt, so wissen wir recht wohl, welches Ziel wir auf demselben suchen müssen. Wir täuschen uns nicht über Erfolge in der nächsten Zukunft. Wir wissen wohl, daß unser Sieg dadurch in die Ferne gerückt, daß unser Kampf sehr viel mühevoller wird, wir wissen auch, daß uns die Wechselfälle, Gewinn und Verlust lange schwanken mögen, aber wir sind ebenso fest überzeugt, daß nicht die Stämme Oestreichs uns, sondern daß, wenn eine Vereinigung nationale Angelegenheit wird, wir sie aufnehmen.

Es ist ersichtlich, daß die kaiserliche Regierung in diesem Augenblick von dem Selbstgefühl gehoben wird, liberaler zu sein, als manche deutsche, und daß sie der neuen Popularität, welche diese Richtung dem Lande gibt, zu vertrauen geneigt ist. Aber es ist leicht, gegen das gegenwärtige System dieser und jener anderen Regierung vortheilhaft abzustecken, es gilt noch nicht für einen Beweis, daß man gut ist, wenn man besser ist als das möglichst Schlechte. Und es ist ein Irthum zu hoffen, daß in Deutschland befriedigt, was von den Oestreichern mit Recht freudig begrüßt wird. Wahrscheinlich genügt der Liberalismus des kaiserlichen Cabinets für Oestreich selbst, so lange es gelingt, durch ihn die Gemüther zu fesseln; aber gegenüber den Bedürfnissen der deutschen Völker ist er immer noch von Reaction nicht weit entfernt. In Deutschland wissen das Viele; wir wollen abwarten, wie hoch die Oestreicher diese Erkenntniß schätzen, wenn angesehene Männer aus den österreichischen Landschaften sich erst gewöhnt haben, mit uns über die höchsten irdischen Angelegenheiten des Menschen gesellig zu tagen.

Der Städtetag, welcher von Berlin und Leipzig ausgeschrieben ist, hat in diesem Sinne sein Einladungsschreiben zuerst an die Stadt Wien gesandt. Wenn man in Leipzig die Vertreter der österreichischen Städte gastlich aufnimmt, dann wird man ihnen, sobald die Verhandlung von der Vergangenheit auf die Gegenwart hinaufsteigt, brüderlich und mit gewählteren Worten dasselbe sagen müssen, was hier ausgesprochen wurde.